



Amtliches Bekanntmachungsblatt der Kreisstadt Neunkirchen

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der Kreisstadt Neunkirchen

2022	Neunkirchen, 03.06.2022	Nr. 109
------	-------------------------	---------

Inhalt

A. Bekanntmachungen

- Satzungsbeschlusses zur 1. Teiländerung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Kirchhofswiesen“ im Stadtteil Hangard der Kreisstadt Neunkirchen

Das Amtliche Bekanntmachungsblatt der Kreisstadt Neunkirchen ist kostenfrei auf der Internetseite www.neunkirchen.de abrufbar. Zusätzlich wird es per Aushang im Rathaus, Oberer Markt 16, 66538 Neunkirchen, veröffentlicht.

BEKANNTMACHUNG DES SATZUNGSBESCHLUSSES
ZUR 1. TEILÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 113
“KIRCHHOFSWIESEN“ IM STADTTEIL HANGARD DER KREISSTADT
NEUNKIRCHEN

Der Stadtrat der Kreisstadt Neunkirchen hat in seiner Sitzung am 22.09.2021 gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die 1. Teiländerung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Kirchhofswiesen“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Textteil (Teil B) und der Begründung unter Berücksichtigung der Abwägungsergebnisse (§ 1 Abs. 7 BauGB) aus den Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden nach § 3 Abs. 2 BauGB i.V. mit § 4 Abs. 2 BauGB als Satzung beschlossen.

Dieser Beschluss wird hiermit gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Die 1. Teiländerung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Kirchhofswiesen“ bestehend aus Planzeichnung mit textlichen Festsetzungen und Begründung kann gem. § 10 a BauGB von jedermann bei der Stadtverwaltung Neunkirchen, Rathaus, Oberer Markt 16, 66538 Neunkirchen, Abt. 160 Stadtplanung, Stadtentwicklung und Vermessung, Eingang Alleestraße, während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden. Gleichzeitig kann die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Kirchhofswiesen“ bestehend aus Planzeichnung mit textlichen Festsetzungen und Begründung im Internet unter www.neunkirchen.de/abgeschlosseneverfahren eingesehen werden.

Besondere Anforderungen an die Einsichtnahme in die Planunterlagen aufgrund der aktuellen Covid-19-Pandemie

Die Einsichtnahme sollte nur nach vorheriger Terminvereinbarung erfolgen. Bitte richten Sie Terminanfragen an die Abteilung Stadtplanung, Stadtentwicklung und Vermessung (Telefon: 06821 / 202-731, E-Mail: stadtplanung@neunkirchen.de).

Bitte beachten Sie, dass zum Schutz vor Infektionen gewisse Maßnahmen zu beachten sind (z.B. Tragen einer Mund-Nase-Maske) . Sie erhalten gemeinsam mit einer Terminbestätigung ggfls. weitergehende Informationen darüber, welche Vorkehrungen zum Schutz vor Infektionen aktuell zu beachten sind.

Aus Gründen der Pandemiebekämpfung wird die Einsichtnahme in die Unterlagen im Internet empfohlen. Ihre Einsichtnahmerechte vor Ort bleiben unberührt.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung über den Bebauungsplan schriftlich gegenüber der Stadt Neunkirchen geltend gemacht worden

sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen die Entschädigungsansprüche für nach §§ 39 bis 42 BauGB eingetretenen Vermögensnachteile, wenn sie nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Die in §§ 44 und 215 BauGB festgelegten Fristen beginnen mit dieser Bekanntmachung.

Es wird weiter darauf hingewiesen, dass der Bebauungsplan gem. § 12 Abs.6 KSVG im Fall einer Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Kommunaleselbstverwaltungsgesetzes (KSVG) ein Jahr nach der öffentlichen Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen gilt, sofern nicht vor Ablauf der Frist der Oberbürgermeister dem Beschluss widersprochen oder die Kommunalaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder der Verfahrens- oder Formmangel gegenüber der Stadt Neunkirchen unter Bezeichnung der Tatsache, die den Mangel ergibt, schriftlich gerügt worden ist.

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Kirchhofswiesen“ tritt mit dem Tag dieser Bekanntmachung in Kraft.

Neunkirchen, den 3.6.2022

i.V. Hans, Beigeordneter

